

## Bargteheide: Kein Platz für Intoleranz und Gewalt

22. Juni 2010 | Von st

Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden, des Bürgervorstehers Horst Kummereincke und des Bürgermeisters Henning Görtz nach dem rechten Aufmarsch am Sonnabend:

"Mit tiefer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass unsere Stadt ein Ort für Demonstrationen von rechtsextremen Gruppierungen geworden ist. Wir verurteilen Demonstrationen rechtsextremistischer Gruppierungen unter Führung Lübecker NPD-Funktionäre in Bargteheide genauso wie Gewalt oder Sachbeschädigung in der politischen Auseinandersetzung. Aggressive Aktivitäten gegen Andersdenkende und Minderheiten sind nicht zu tolerieren. Alle Versuche rechts- und linksextremer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Gruppen, das Bewusstsein insbesondere unserer Jugendlichen in ihrem Sinne zu beeinflussen, werden von uns genauso verurteilt wie linke oder rechte Gewalt gegen Menschen, Gebäude und Gegenstände. Wir begrüßen, dass sich in Bargteheide vor einiger Zeit ein ‚Bündnis gegen Nazis‘ unter Beteiligung des Jugendarbeitsteams gebildet hat und unterstützen die seit längerer Zeit eingeleiteten Präventionsmaßnahmen an den Schulen. Bargteheide ist und bleibt eine lebendige, tolerante, friedliebende und soziale Stadt. Daran werden wir gemeinsam mit unseren Vereinen, Verbänden, den Schulen, der Jugendarbeit und allen demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürgern weiterarbeiten." In Bargteheide sei kein Platz für Intoleranz und Gewalt.

Auch die Stormarner Jusos verurteilen den Aufmarsch in Bargteheide. Er zeige deutlich, dass Stormarn ein ernstes Naziproblem hat, so Kreisvorsitzender Tobias von Pein. Das Problem dürfe nicht verschwiegen oder kleingeredet werden. Mit Sorge verfolge man die zunehmende Verbreitung neuer Formen von Nazis in Stormarn. Vor allem Jugendliche würden sich von diesen neuen Formen mitreißen lassen und in Gefahr geraten, instrumentalisiert zu werden. Tobias von Pein: "Wir rufen alle Stormarner auf, achtsam zu sein und die Verbreitung dieser neuer Formen zu stoppen." Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus seien mit einer toleranten und offenen Gesellschaft nicht vereinbar.